

Berliner Kompass



Infoblatt des Bundestagsabgeordneten
Hans-Werner Kammer

Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Ausgabe 3/2012

10. Februar 2012



Unions-Küstenparlamentarier treffen David McAllister

Der Küstenkreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte heute die Gelegenheit, mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister zu diskutieren. Zur Sprache kamen zahlreiche norddeutsche Themen. McAllister bedankte sich bei den Bundestagsabgeordneten für das Infrastrukturbeschleunigungsprogramm des Bundes, durch das auch viele niedersächsische Verkehrsprojekte gefördert werden. Der Küstenkreis stimmte mit dem Ministerpräsidenten überein, dass diese einmalige Aufstockung in Höhe von einer Milliarde zusätzlich über die nächsten Jahre fortgesetzt werden muss, um einen nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur sicher zu stellen.



Hans-Werner Kammer MdB, stellvertretender Vorsitzender des Küstenkreises, bat den Ministerpräsidenten um seine Unterstützung für zwei Vorhaben: Einerseits mahnte Kammer eine angemessene Entschädigung für Landwirte an, auf deren Flächen Hochspannungsleitungen gebaut werden – bislang erhalten nur einmalig eine kleine Summe, während Kommunen und Netzbetreiber dauerhaft von der Leitung profitieren. Außerdem wies Kammer auf die Kavernen-Problematik. Die von seiner MdB-Kollegin Gitta Connemann und ihm angeregte Änderung des Bergrechts, um Betroffenen bei Schäden durch Kavernen den Weg zu einer Entschädigung zu erleichtern, sprach Kammer ebenfalls an. David McAllister sagte zu, die Anliegen prüfen zu wollen.

Mit Blick auf die Neuausrichtung der Energiepolitik verwies der Ministerpräsident auf die erheblichen Chancen, die für den Norden mit der Offshore-Windenergie verbunden sind. Eine noch stärkere Bündelung der zahlreichen guten Offshore-Aktivitäten von Bund und Ländern wäre ein weiterer Beitrag für das Gelingen der Energiewende, so McAllister. „Der Besuch des Ministerpräsidenten zeigt, dass nicht nur zwischen den norddeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, sondern auch zwischen den CDU-Politikern der Bundes- und Landesebene ein intensiver und erfolgreicher Austausch stattfindet“, so Kammer.



Neuigkeiten aus Berlin

Effektiv und konsequent aus der Krise

EU-Staaten einigen sich auf Fiskalvertrag

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich auf ihrer Tagung am 30. Januar 2012 auf den sogenannten Fiskalvertrag geeinigt. Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag werden die Haushaltsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion verschärft. Alle Länder, die sich dem Vertrag anschließen, verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin und besserer wirtschaftlicher Koordinierung. Wer sich dennoch als Defizitsünder erweist, den treffen automatische Sanktionen. Der Vertrag soll im März unterzeichnet werden.

Der Vertrag zieht harte Konsequenzen aus der Schuldenkrise in Europa: Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, eine Schuldenbremse nach deutschem Muster einzuführen. Die jährliche Neuverschuldung, um Konjunkturregulatorische und finanzielle Transaktionen bereinigt, darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. Ist dies dennoch der Fall sollen automatische Korrekturen greifen.

In einem neuen Verfahren sollen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof überprüfen, ob die Staaten ihrer Pflicht zur Einführung der Schuldenbremse nachkommen. Stellt der EuGH fest, dass dies nicht oder

nicht in ausreichender Form geschehen ist, kann er in einem weiteren Verfahren Sanktionen gegen den betroffenen Staat verhängen. Vorgesehen sind Geldstrafen von maximal 0,1 Prozent des BIP, die an den neuen rettungsschirm ESM zu zahlen wären.

Einen entscheidenden Fortschritt für mehr Haushaltsdisziplin bringen automatische Sanktionen gegen Verstöße gegen das EU-Defizitkriterium. Künftig wird ein Defizitverfahren automatisch ausgelöst und kann nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Finanzminister verhindert werden. Damit wird ein großer Schwachpunkt des Maastricht-Vertrags beseitigt. Weiteres wichtiges Ergebnis des Fiskalpakts ist die Verpflichtung der unterzeichnenden Staaten, ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Überschreitet diese 60 Prozent des BIP, muss sie um jährlich fünf Prozent reduziert werden.

Besondere Schlagkraft erhält der Vertrag durch seine Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Wer künftig Hilfen aus dem SM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben.

Koalition bringt Klarheit und Transparenz ins Flensburger Punktesystem

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer plant, das Flensburger Punktesystem umfassend zu reformieren. Vergehen im Straßenverkehr sollen ab 2013 zu einem oder zwei Punkten in Flensburg führen. Ab 8 Punkten ist der Führerschein weg. Dafür verjährt jeder Eintrag in Flensburg zukünftig einzeln. Hans-Werner Kammer, Mitglied im Verkehrsausschuss: „Hierbei handelt es sich um einfache, für jedermann klar verständliche Regeln. Wir schaffen die Transparenz im Punktesystem, die viele zuletzt vermisst haben.“

Außerdem sieht die Neuregelung vor, dass Verkehrsvergehen, die bislang zu einem bis drei Punkten geführt haben, fortan mit nur noch einem Punkt sank-

tioniert werden. Schwere Vergehen wie das Überfahren einer roten Ampel führen zu zwei Punkten. Mit acht Punkten ist der Führerschein abzugeben. Punkte können auch weiterhin durch Nachschulungen abgebaut werden. Bei Straftaten wie Trunkenheit am Steuer wird der Führerschein weiterhin sofort entzogen.

Gleichzeitig werden die Regeln zur Verjähmung der gesammelten Punkte geändert. Jeder Eintrag verjährt einzeln: ein Eintrag nach Kategorie 1 (ein Punkt) nach zwei Jahren, ein Eintrag nach Kategorie 2 (zwei Punkte) nach drei Jahren. Es wird keine automatischen Verlängerungen der Einträge mehr geben, wenn neue Verkehrsvergehen hinzukommen.



Endlich Weg frei für neues Abfallrecht

Der Vermittlungsausschuss hat am Mittwoch durch eine geringfügige Änderung den Weg für eine Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes freigemacht. Hans-Werner Kammer, Mitglied der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begrüßte die Einigung: „Endlich ist im Vermittlungsausschuss ein Weg gefunden worden, wie die von der Koalition im Bundestag beschlossene Änderung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umgesetzt werden kann. Rosinenpickerei wird weiterhin rechtssicher ausgeschlossen, und die kommunale Verantwortung für die Abfallbeseitigung bleibt gesichert.“

Die SPD hatte das Gesetz bislang im Bundesrat blockiert, was für die Entsorger und Kommunen Rechtsunsicherheit bedeutete. Für die Kommunen in Deutschland war es wichtig, dass es klare Definitionen gibt, unter welchen Voraussetzungen gewerbliche Abfallsammlungen zugelassen werden können, ohne die Verantwortung der Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorger und die Entsorgungssicherheit zu gefährden. „Das Gesetz muss nun zügig in Kraft treten, denn die Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger brauchen ebenso Rechtssicherheit wie die von ihnen beauftragte Unternehmen“, so Hans-Werner Kammer.

Landwirtschaftliche Sozialversicherung auf neues Fundament gestellt

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag die Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung beschlossen. Hans-Werner Kammer begrüßte die Gesetzesänderung: „Mit dieser Neuregelung hat die christlich-liberale Koalition eine entscheidende Grundlage für die Modernisierung der agrarsozialen Sicherungssysteme gelegt. Indem wir einen einheitlichen Bundesträger schaffen, passen wir die Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung dem Strukturwandel in der Branche an und halten sie bezahlbar. Für alle Landwirte in der Region ist das eine gute Nachricht.“

Die bisherigen regionalen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung sollen in den neuen Bundesträger eingegliedert werden. „Ziel der Änderung ist es, sicherzustellen, dass die Beschäftigten in der Landwirt-

schaft, im Gartenbau und in der Forstwirtschaft auch in Zukunft von fachkundigen Mitarbeitern in einem eigenständigen Sozialversicherungssystem betreut werden“, so Kammer. Bereits der Regierungsentwurf erntete bei Betroffenen und Experten mehrheitlich großen Zuspruch, wie bei einer öffentlichen Anhörung zum Thema deutlich wurde. Die notwendige Anschubfinanzierung der Umstrukturierungsmaßnahmen in der neuen Sozialversicherung wird die Bundesregierung mit 150 Millionen Euro bis 2014 begleiten.

Neben der Neuordnung der Sozialversicherung wird über das Gesetz auch die Frage der Hofabgabe modifiziert und erleichtert. Ausdrücklich hat sich die Regierungskoalition zur Beibehaltung der Hofabgabeverpflichtung als wirksame agrarstrukturpolitische Maßnahme bekannt.

Zahl der Woche

Nominallöhne 2011 weiter angestiegen. Erste vorläufige Ergebnisse über die nominalen und realen Bruttoverdienste in Deutschland im Jahr 2011 weisen einen Anstieg der Nominallöhne um voraussichtlich 3,3% gegenüber dem Vorjahreswert aus, die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 2,3%. Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, stiegen im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um durchschnittlich 1,0%. Zum Vergleich: 2010 waren sie um 1,5% gestiegen, 2009 um 0,4% gesunken. Der Anstieg der Nominallöhne ist in erster Linie auf den weiteren Abbau der Kurzarbeit sowie höhere Tarifabschlüsse und Sonderzahlungen zurückzuführen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



Diese Woche im Parlament

Die Bundesregierung hat in dieser Woche das **Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit (2012 – 2017)“** vorgestellt. Dieses hat zum Ziel, die Sicherheit der Menschen sowie den Schutz kritischer Infrastrukturen zu erhöhen und dabei eine verantwortungsvolle Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu halten. Es schließt sich an das erste nationale Sicherheitsforschungsprogramm von 2007 an und ist wichtiger Teil der „Hightech-Strategie 2020 für Deutschland“. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Forschung für die zivile Sicherheit** begrüßen wir die geplanten Schwerpunkte für die anstehende zweite Programmphase des nationalen Sicherheitsforschungsprogramms und fordern die Bundesregierung auf, das deutsche Engagement im Bereich der europäischen und der internationalen Sicherheitsforschung weiter auszubauen.

Bundesaußenminister Westerwelle hat das ressortübergreifende Konzept der Bundesregierung **Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen** vorgestellt. Dieses ist gerichtet auf die strategische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik angesichts der fortschreitenden Globalisierung und setzt den Rahmen für die Beziehungen mit Ländern, mit denen Deutschland nicht schon im Rahmen der Europäischen Union, der G-8 oder der Nordatlantischen Allianz zusammenarbeitet.

Der Bundestag hat in dieser Woche das **Arbeitsprogramm der Europäischen Union für das Jahr 2012** debattiert, das unter dem Vorzeichen der Euroschuldenkrise sowie der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abkühlung in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union steht. Die Vorhabenplanung ist entsprechend darauf ausgerichtet, eine Balance zwischen der Stabilisierung öffentlicher Haushalte und der Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Die politischen Handlungsfelder erstrecken sich von der Reform der Finanzmärkte über die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020, die Modernisierung des Schengen-Systems bis hin zur Vervollständigung des Binnenmarktes.

Der Bundestag hat außerdem in dieser Woche drei Verordnungsvorschläge der Europäischen Union diskutiert, die das sogenannte **EU-Flughafenpaket** bilden. In drei Entschließungsanträgen fordert die Koalition eine Reihe von konkreten Verbesserungen der Vorschläge ein. Beispielsweise ist die Forderung der Europäischen Kommission, die Zahl der Bodenabfertigungsdienstleister an Großflughäfen auf mindestens drei Anbieter zu erhöhen, für die Flughäfen wenig praktikabel.

Nach zweiter und dritter Lesung stand das **Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und zur Änderung weiterer Gesetze** zur Verabschiedung an. Dieses enthält Regelungen zur inländischen Umsetzung des seit Juni 2007 geltenden völkerrechtlichen Vertrages "Internationale Gesundheitsvorschriften (2005)". Der Vertrag regelt den Gesundheitsschutz im internationalen Reise- und Handelsverkehr. Darüber hinaus sind Änderungen des Infektionsschutzgesetzes aufgrund von Erfahrungen aus der EHEC-Epidemie vorgesehen. Dazu gehört insbesondere die Beschleunigung des Meldewesens durch schnellere Übermittlung von Meldedaten an das Robert-Koch-Institut sowie die Durchführung einer Studie, um das Meldewesen auf eine durchgehende informationstechnologische Basis zu stellen.

Kinder- und Jugendreisen sind ein wichtiges Segment der deutschen Tourismuswirtschaft mit einem Jahresumsatz von 12 Milliarden Euro, dennoch werden Kinder und Jugendliche oft als bedeutende Zielgruppe für den Tourismus unterschätzt und nur ungenügend wahrgenommen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Kinder- und Jugendtourismus unterstützen und weiter fördern** fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine intensivere internationale Vermarktung von Angeboten für den Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland einzusetzen. Auch sollen der internationale Jugendaustausch und Jugendbegegnungen sowie die Qualifizierung von im Kinder- und Jugendtourismus tätigen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern weiter gefördert werden.



Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund

Kammer begrüßt Einigung bei den Mutter-Kind-Kuren

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, das Müttergenesungswerk und der Bundesverband Deutscher Privatkliniken haben am Mittwoch in einer gemeinsamen Erklärung eine überarbeitete Fassung der Begutachtungs-Richtlinie Vorsorge und Rehabilitation sowie entsprechende Umsetzungsempfehlungen veröffentlicht.

Kammer begrüßt, dass es nach langwierigen und vielfach zähen Verhandlungen nun endlich zu dieser Einigung gekommen ist. Der Bundestagsabgeordnete warnt allerdings vor verfrühtem Optimismus, da es nicht auf – manchmal geduldige – Papiere ankomme, sondern auf die Umsetzung in der Praxis. Kammer und Bundesgesundheitsminister Bahr erwarten nun von

den Beteiligten, „dass die Überarbeitung zu einer spürbaren Verbesserung der Bewilligungspraxis der gesetzlichen Krankenkassen im Sinne der betroffenen Mütter und Väter beiträgt.“

Der Bundestagsabgeordnete, der sich seit langem mit dem Problem der fehlenden Transparenz und Rechtssicherheit bei Mutter-Kind-Kuren beschäftigt, hofft, dass kranke oder von Krankheit bedrohte Eltern zukünftig wieder Hoffnung in eine bedarfsgerechte Antragsbearbeitung setzen können. Gleichzeitig – so Hans-Werner Kammer – hätten auch die Klinikbetreiber in der Region wieder mehr Planungssicherheit: „Das kommt vielen hochqualifizierten Beschäftigten der Kliniken an der Küste und auf den Inseln zu Gute!“

Eis Argument gegen Luftverkehrssteuer

Die Unterbrechung des Schiffsverkehrs infolge der widrigen Witterungsverhältnisse ist nach Auffassung von Hans-Werner Kammer ein überzeugendes Argument gegen die Luftverkehrssteuer zu den Nordseeinseln. Kammer, der einen entsprechenden Pressebericht dem Bundesfinanzministerium übermittelte, hofft, dass die Situation der Inselbewohner die EU-Kommission überzeugt.

Die letzten Tage – so Kammer – hätten deutlich gezeigt, dass die Menschen schlicht und einfach auf das Flugzeug als einziges Verkehrsmittel angewiesen seien: „Die fliegen nicht, weil sie wollen, sondern weil sie müssen!“ Für die schon steuerbefreiten Insulaner sei dies kein Problem, wohl aber für Handwerker und Touristen. Kammer glaubt an die Einsicht der EU-Kommission: „Es kann nicht sein, dass die einzige Möglichkeit die Insel zu erreichen, durch eine Sondersteuer künstlich verteuert wird!“

Unterdessen hat Kammer die Kritik der Inselflieger an der Bundesregierung entschieden zurückgewiesen. Zum einen – so Kammer – müsse man wissen, dass es sich bei einer Ausnahme von einer allgemeinen Steuerpflicht zu Gunsten von Unternehmen um eine Beihilfe

handelt. Der CDU-Verkehrsexperte: „Eine Befreiung ganzer Gruppen von Flugzeugen war nicht drin. Es war schon schwer genug, diese Ausnahme in das Gesetz hineinzuverhandeln. Sonst hätte es gar keine Ausnahme gegeben.“

Außerdem reiche es nicht, der EU-Kommission im Rahmen des sogenannten Notifizierungsverfahrens eine Beihilfe einfach nur zu melden. Hans-Werner Kammer: „Dann könnte ja jedes Land in der EU machen, was es wollte – wenn die Unternehmens-Subvention nur angemeldet würde. Das wäre dann das Ende des gemeinsamen Marktes.“ Daher müsse die Kommission jede angemeldete Beihilfe auch genehmigen. Diese Genehmigung prüfe die Kommission jetzt: „Dass das so lange dauert, war nicht vorhersehbar und ist für alle Betroffenen sehr ärgerlich!“

Hans-Werner Kammer hat Verständnis für den Unmut der Unternehmer über den zusätzlichen bürokratischen Aufwand, hält aber die genannte Größenordnungen für übertrieben: „Die Sache ist zweifellos ärgerlich. Wir alle sollten aber den Ball flach halten und sachlich bleiben, sonst erreichen wir das Gegenteil von dem, was wir wollen!“

Mit frischem Wind auf neuem Kurs

Hans-Werner Kammer besucht Mehrgenerationenhaus Wilhelmshaven

Hans-Werner Kammer hat das Mehrgenerationenhaus Wilhelmshaven besucht. Bei Birgit Klümper, Leiterin der Einrichtung, und Ursula Plote, die dem Koordinierungsausschuss vorsitzt, informierte sich Kammer über das neue Konzept der Einrichtung. „Das Mehrgenerationenhaus Wilhelmshaven ist ein voller Erfolg, aber was bleiben will, muss sich ändern“, so die Betreiber der Einrichtung.

Um für weitere drei Jahre in das neue Förderprogramm aufgenommen zu werden, haben die Wilhelmshavener ihr Angebot erweitert. Insbesondere im Bereich „Bildung und Integration“ gibt es Neuerungen, beispielsweise einen Mittagstisch für Kinder, Möglichkeiten zum Spracherwerb und zum Täter-Opfer-Ausgleich. Auch das Personal wurde aufgestockt. So will die Einrichtung allen Generationen noch mehr bieten als bislang.

Bei dem Gespräch, an dem auch Bürgermeister Fritz Langen, CDU-Kreisvorsitzender Ewald Peter und Ratscherr Helmut Möhle teilgenommen haben, kam auch das Bildungspaket der Bundesregierung zur Sprache. Die Kommunalvertreter konnten die gute Anregung in

den Stadtrat mitnehmen, die Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und den Trägern von Lernangeboten zu stärken.

Hans-Werner Kammer sagte wiederum zu, sich in Berlin für eine Klarstellung der Frage einsetzen zu wollen, wie lange eine Lernförderung gewährt werden kann: „Mit einem zwei- oder dreimonatigen Kurs mag man vielleicht noch die Versetzung schaffen, aber für einen nachhaltigen Lernerfolg reicht das einfach nicht aus.“



Finanzierung der Ortsumgehung Schortens gesichert

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in dieser Woche eine Liste mit Infrastrukturprojekten vorgelegt, die aus dem Ende 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Infrastrukturbeschleunigungsprogramm finanziert werden sollen. Wie Hans-Werner Kammer, Mitglied im Verkehrsausschuss, mitteilt, findet auch Friesland auf der Liste Berücksichtigung.

Der Bund will für die Ortsumgehung Schortens im Zuge der B 210 im Jahr 2012 und 2013 insgesamt 13 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Kammer: „So kann die Ortsumgehung, auf die Schortens schon seit vielen Jahren wartet, schnellstmöglich abgeschlossen werden. Diese wichtige Verkehrsentlastung der Innen-

stadt steigert die Attraktivität von Schortens unheimlich.“

Ebenfalls auf der Liste findet sich der Bahnhof Jever. Dort sollen ca. 59.000 € in einen neuen Wetterschutz investiert werden. Das Infrastrukturbeschleunigungsprogramm wurde Ende 2011 auf Drängen der Verkehrspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgestellt, um diesen seit vielen Jahren unterfinanzierten zu stärken. Es umfasst eine Milliarde Euro, die zusätzlich zum üblichen Verkehrsetat für Straßenbau, Schienenwege und Wasserstraßen investiert werden. Die einzelnen Maßnahmen stehen noch unter Genehmigungsvorbehalt des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Ortsdurchfahrt Neuenburg im Fokus

Die Zeteler Kommunalpolitiker Claus Eilers und Jörn Müller (beide CDU) hatten durch Vermittlung von Hans-Werner Kammer MdB am Montag die Gelegenheit gehabt, direkt bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Aurich vorzusprechen. Thema waren die Ortsdurchfahrt der B 437 in Neuenburg und der geplante Ausbau der L 815 (Neuenburger Straße) in Zetel.

Detailliert stellte Frank Buchholz, Leiter der Landesbehörde in Aurich, den aktuellen Sachstand dar. Die neue Ortsdurchfahrt betrachten Kammer, Eilers und Müller als einen großen Gewinn für den Erholungsort Neuenburg: „Die Attraktivität wird eindeutig gesteigert. Es ist uns aber wichtig, die Bevölkerung eng in die Planungen eingebunden wird.“ Die Politiker regten an, dass noch kurz vor Baubeginn ein Infogespräch über die Maßnahme zusammen mit beteiligten Bauunternehmern, Behörden und Kommunalvertretern stattfinden sollte. Der Baubeginn soll noch Mitte dieses Jahres sein. Kammer: „Neuenburg bekommt ein gelungenes Ortsbild.“ Da einige Bäume im Zuge des Ausbaus gefällt werden müssen, ist sichergestellt, dass nach Abschluss

der Baumaßnahmen umfangreiche Neupflanzungen vorgenommen werden.

Die Perspektive für die Neuenburger Straße wird von den Zetelern leider als schlechter betrachtet, da die Gemeinde bei dem Umbau auf Zuschüsse angewiesen ist. „Leider stehen derzeit keine Fördermittel zur Verfügung“, so Hans-Werner Kammer. Der Bundestagsabgeordnete sagte zu, sich weiter für das Vorhaben einzusetzen, verwies jedoch zugleich darauf, dass dieser Bereich seit vielen Jahren unterfinanziert sei.



von links: Jörn Müller, Frank Buchholz, Hans-Werner Kammer MdB und Claus Eilers

Lärmschutz-Probleme in Oldenburg selbst verschuldet

Hans-Werner Kammer zeigt sich über die Reaktion der Bahn-Initiative auf die ablehnende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts befremdet: „Ein Eilantrag hat nur in sehr umgrenzten Fällen Erfolg. Die Regel ist – wie hier – eine Entscheidung in der Hauptsache. Das musste auch spätestens nach der Ablehnung in der ersten Instanz allen Beteiligten klar sein.“ Daher sei die Kritik an der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts unangebracht und unangemessen.

Der CDU-Verkehrsexperte betont, dass die früheren Zusagen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch weiterhin Gültigkeit haben: „Es

gibt keinen Wortbruch beim Lärmschutz!“ Leider sei die Realisierung durch mangelnde Mitwirkung der Oldenburger verzögert worden. Diejenigen, die jetzt am lautesten schreien, haben nie konstruktiv mitgearbeitet, sondern immer auf völlig unrealistische Utopien gesetzt. Dazu zählt Kammer auch eine Umgehungsstrecke: „Die wird in den nächsten Jahrzehnten nicht kommen!“ Erstaunlich sei – so Hans-Werner Kammer – auch, dass die Stadt Oldenburg trotz ihrer Haushaltslage ein völlig aussichtsloses Verfahren bis zum Bundesverwaltungsgericht getrieben habe: „Das ist Steuergeldverschwendung!“

Impressum

Hans-Werner Kammer, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Redaktion: Peter Ittenbach
Telefon: 030 / 227-77 199
Fax: 030 / 227-76 199
hans-werner.kammer@bundestag.de